

INSM-Studie zum neuen Gesundheitsfond: **Faktenblatt**

Krankenkassenbeitrag wird bis zu 700 Euro teurer

Für über **44 Millionen** Mitglieder der Gesetzlichen Krankenkassen werden die Beiträge 2008 teilweise empfindlich steigen. Zu dem Ergebnis kommt eine vom Institut für Gesundheitsökonomik München (IfG) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erstellte Studie. Verantwortlich für den Anstieg ist die Mechanik des neuen Gesundheitsfonds, der ab 2009 eingeführt wird. Während heute die Beitragssätze der 236 Kassen zum Teil erheblich auseinander klaffen (von 12,2 bis 16,7 %), werden sie im Gesundheitsfonds auf einen einheitlichen Satz festgelegt. Dieser Satz wird nach Berechnungen des Münchner Instituts bei **15,5 Prozent** liegen. Das entspricht einem Anstieg von 0,7 Prozentpunkten im Vergleich zum heutigen durchschnittlichen Beitragssatz.

Auf einzelne GKV-Versicherte kommen Beitragserhöhungen von bis zu 700 Euro pro Jahr zu. So springt zum Beispiel für die 530.000 Mitglieder der IKK Sachsen der Beitragsatz von derzeit 12,7 % auf dann 15,5 %.

Gründe für den Anstieg sind steigende Kosten im Gesundheitsbereich und das Prinzip des neuen Fonds. „Es liegt im Interesse der Kassen, im Jahr 2008 höhere Ausgaben zu haben, da der Gesundheitsfond 2009 in seiner Mittelzuweisung vom Ausgabenniveau 2008 startet. So können die Kassen 2009 zusätzliche Monatsprämien von Ihren Versicherten vermeiden“, sagt IfG-Direktor **Prof. Günter Neubauer**.

Hintergrund: Mit Einführung des Gesundheitsfonds ab dem 1. Januar 2009 zahlen alle Beitragszahler den gleichen Beitragssatz. Kommt eine Krankenkasse mit den Mitteln aus dem Gesundheitsfonds nicht aus, muss sie von ihren Mitgliedern eine eigene „Zusatzprämie“ erheben. Das will jede Kasse vermeiden, da sie sonst Mitglieder an günstigere Kassen verliert. Je höher also der erste einheitliche Beitragssatz für den Fonds 2009 ist, desto besser die Chance für alle Kassen, keine Zusatzprämie erheben zu müssen. Die derzeit noch unterschiedlichen Beitragssätze werden bereits im Jahr 2008 sukzessive auf das Niveau von 15,5 Prozent angehoben. Das ist notwendig, weil beispielsweise eine für den Fond vorgesehene so genannte Schwankungsreserve schon 2008 angespart werden muss.

Was sind die wichtigsten Ergebnisse der Studie?

- Versicherte mit Arbeitseinkommen an der Beitragsbemessungsgrenze (€ 43.200 für 2008) müssen im Kalenderjahr 2009 bis zu 712,80 Euro mehr für die Krankenversicherung zahlen als heute.

- Nahezu 90 Prozent aller Mitglieder in der Gesetzlichen Krankenversicherung (44,8 Mio. von insgesamt circa 50 Mio.) werden im Gesundheitsfond höhere Beiträge zahlen müssen als heute, davon 22,8 Mio. deutlich höhere Beiträge.
- Noch nie ist in der Bundesrepublik ein Beitragssatz nach einer Reform so stark angestiegen wie beim Gesundheitsfond: von derzeit durchschnittlich 14,8 Prozent (inklusive des seit 2005 gültigen Zusatzbeitrags von 0,9 Prozent) auf etwa 15,5 Prozent.
- Für Mitglieder, die in Kassen mit bis dato niedrigen Beitragssätzen versichert sind, steigen die Beiträge allein von heute bis 2009 um bis zu 3,3 Prozentpunkte an.

Warum steigt der Beitrag?

Der neue Beitragssatz von 15,5 Prozent beruht auf Berechnungen des Instituts für Gesundheitsökonomik München. Zudem stützen Aussagen einzelner Vertreter der GKV die Expertenprognose. Verantwortlich für den konservativ berechneten Anstieg sind vor allem höhere Ausgaben, die die Gesetzlichen Krankenkassen im Jahr 2008 zu leisten haben. Konkret sind das:

- Schwankungsreserve: **3,3 Mrd. Euro**. Dieser Ausgabeposten wird erst durch den neuen Gesundheitsfond notwendig.
- Neue Honorarmaßstäbe für Ärzte: **2,5 Mrd. Euro**. (höhere kalkulatorische Gehälter bei Kassenärzten; Tariferhöhungen bei Krankenhausärzten)
- Höhere Arzneimittel-Ausgaben: **1,85 Mrd. Euro**.
- Höhere Ausgaben in Krankenhäusern: **0,85 Mrd. Euro**.

Dem gegenüber stehen wachstumsbedingte Mehreinnahmen (höhere Löhne = höhere Beitragssummen) der Kassen von 1,5 Mrd. Euro. Der verbleibende Fehlbetrag von **7 Mrd. Euro entspricht einem Beitragsanstieg von 0,7 Prozentpunkten**.

Wer sind die Gewinner und Verlierer?

Je nach Krankenkasse hat ein einheitlicher Beitragssatz von 15,5 Prozent für jeden Beitragszahler der GKV unterschiedliche finanzielle Auswirkungen. In der Studie wurde für alle 236 Krankenkassen (Stichtag 01.10.2007) errechnet, wie hoch die jährliche Be- bzw. Entlastung ist.

Verlierer: Circa 22,8 Mio. GKV-Mitglieder werden deutlich höhere Beiträge entrichten müssen als heute. Das sind alle Mitglieder, die bei Kassen versichert sind, die heute einen Beitragssatz von 14,9 Prozent oder niedriger haben. Die jährliche Mehrbelastung beträgt bis zu 712,80 Euro. Zu dieser Gruppe zählen zum Beispiel: IKK Sachsen mit 532.000 Mitgliedern; BIH Direktkrankenkasse mit 244.000 Mitgliedern, IKK Direkt mit 441.000 Mitgliedern.

Knappe Verlierer: Circa 22 Mio. Mitglieder werden durch die Reform höher belastet, allerdings in einem vergleichsweise geringen Umfang bis zu 108 Euro. Das sind die

heute bei Kassen mit Sätzen zwischen 14,9 Prozent und 15,4 Prozent Versicherten. Zu dieser Gruppe zählen zum Beispiel: AOK Niedersachsen mit 1,5 Mio. Mitgliedern; Barmer Ersatzkasse mit 5,2 Mio. Mitgliedern.

Knappe Gewinner: Circa 2,82 Mio. Mitglieder werden in einem geringen Umfang entlastet. Sie sparen pro Jahr bis zu 64,80 Euro. Das sind die heute bei Kassen mit Sätzen zwischen 15,5 Prozent und 15,8 Prozent Versicherten. Zu dieser Gruppe zählen zum Beispiel: AOK Hessen mit über 1 Mio. Mitgliedern; AOK Sachsen-Anhalt mit 625.000 Mitgliedern.

Gewinner: Circa 2,69 Mio. Mitglieder werden ab 2009 deutlich entlastet. Sie sparen pro Jahr bis zu 259,20 Euro. Das sind Versicherte bei Kassen mit heute über 15,9 Prozent Beitragssatz. Zu dieser Gruppe zählen zum Beispiel: AOK Schleswig-Holstein mit über 508.000 Mitgliedern; AOK Rheinland-Pfalz mit 744.000 Mitgliedern.

Wie funktioniert der neue Gesundheitsfonds?

Prinzip des Gesundheitsfonds: Ab 2009 gehen die Beiträge von Versicherten und Arbeitgebern an den so genannten „Nationalen Gesundheitsfonds“. Dieser teilt einheitliche Pauschalen von 150 bis 170 Euro pro Versichertem zu. Kommt eine Krankenkasse mit den Mitteln aus dem Gesundheitsfonds nicht aus, muss sie von ihren Mitgliedern eine eigene „Zusatzprämie“ erheben. Das will jede Kasse vermeiden, da sie sonst Mitglieder an günstigere Kassen verlieren könnte. Je höher somit der erste einheitliche Beitragssatz für den Fonds 2009 ist, desto besser die Chance für alle Kassen, keine Zusatzprämie erheben zu müssen.

Gut wirtschaftende Kassen können nicht benötigte Beträge wieder an die Versicherten ausschütten. Ab wann solche Prämien ausgezahlt werden ist allerdings zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar. Die derzeit noch unterschiedlichen Beitragssätze werden bereits im Jahr 2008 sukzessive auf das Niveau von 15,5 Prozent angehoben. Das ist notwendig, weil beispielsweise eine für den Fond vorgesehene Schwankungsreserve schon 2008 angespart werden muss. „Eigentlich sollte die Gesundheitsreform die Beiträge stabilisieren. Dass mit dem Gesundheitsfond die Beiträge erheblich steigen, dürfen wir nicht hinnehmen.“, sagt Max A. Höfer, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Wer ist Autor der Studie?

Das in München ansässige **Institut für Gesundheitsökonomie (IfG)** bearbeitet sozio-ökonomische Fragestellungen aus allen Bereichen des Gesundheitswesens. IfG-Direktor Prof. Günter Neubauer lehrte von 1976 bis 2006 an der Universität der Bundeswehr München mit dem Schwerpunkt Gesundheitsökonomik und war Mitglied der Enquete Kommission „Reform der GKV“ des Deutschen Bundestages sowie Mitglied des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen. Mitverfasser Florian Pfister hat im Rahmen seines Studiums unter anderem am Lehrstuhl für Nationalökonomie von Prof. Dr. Hans-Werner Sinn gearbeitet.

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine überparteiliche Reformbewegung von Bürgern, Unternehmern, Sportlern, Wissenschaftlern und

Verbänden für mehr Wettbewerb und Arbeitsplätze in Deutschland. Im Vordergrund stehen dabei die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nach den Vorstellungen von Ludwig Erhard – soziale Verantwortung, Leistungsbereitschaft und Wettbewerb. Die Initiative wird von den Verbänden der Metall- und Elektro-Industrie in Deutschland finanziert: www.insm.de.